

Fragen

**für die Fragestunde der 132. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. November 2000**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	5, 6	Lensing, Werner (CDU/CSU)	21, 22
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	34	Lintner, Eduard (CDU/CSU)	32, 33
Girisch, Georg (CDU/CSU)	35, 36	Marschewski, Erwin (Recklinghausen)	39, 40 (CDU/CSU)
Goldmann, Hans-Michael (F.D.P.)	30, 31	Neumann, Bernd (Bremen) (CDU/CSU)	41, 42
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	28, 29	Nolting, Günter Friedrich (F.D.P.)	25, 26
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	14, 27	Parr, Detlef (F.D.P.)	9
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	15, 16	Rossmann, Kurt J. (CDU/CSU)	19, 20
Klaeden, Eckart von (CDU/CSU)	37, 38	Siemann, Werner (CDU/CSU)	23, 24
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	12, 13	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	17, 18
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	3, 4	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	7, 8
Kunick, Konrad (SPD)	2	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU)	1
Dr. Lammert, Norbert (CDU/CSU)	10, 11		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	8
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordneter
Gerald Weiß
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bundesärzteordnung dahingehend zu ändern, dass zur Feststellung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes bei Migranten aus den östlichen Nachbarstaaten eine Individualprüfung im Sinne des Fachgespräches ermöglicht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

2. Abgeordneter
Konrad Kunick
(SPD) Welche Folgen hat nach Auffassung der Bundesregierung die globale Erwärmung für den vorausschauenden Küstenschutz?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

3. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Gesetzgebung zum Schutze nationaler und ethnischer Minderheiten in der Tschechischen Republik, und wie bewertet die Bundesregierung die hierzu bislang von der Tschechischen Republik bekannt gewordenen Positionen?
4. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Berücksichtigung von Gewahrsamszeiten in tschechoslowakischen Internierungs- und Arbeitslagern nach dem Zweiten Weltkrieg in der tschechischen Rentenversicherung für die Angehörigen der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik, und sieht die Bundesregierung in den diesbezüglichen Bestimmungen eine Diskriminierung gegenüber den Angehörigen der tschechischen Mehrheitsbevölkerung, für deren Beseitigung sich die Bundesregierung gegenüber der tschechischen Seite einsetzen will?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|---|--|
| 5. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Sicherheit der Bevölkerung vor besonders gefährlichen Sexualstraftätern zu verbessern? |
| 6. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU) | Wie viele Opfer gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen 10 Jahren aufgrund von erneuten Straftaten flüchtiger Sexualstraftäter? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Allgemeinheit vor Straftätern wie dem Sexualstraftäter und mutmaßlichen Mörder Frank Schmökel zu schützen und einen erneuten Freigang gemeingefährlicher Täter zu verhindern (vgl. Aussage des brandenburgischen Gesundheitsministers Alwin Ziel, der einen erneuten Freigang Schmökels nicht ausschließt, siehe Berliner Morgenpost vom 9. November 2000)? |
| 8. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU) | Ist es zutreffend, dass es mittlerweile Erkenntnisse gibt, wonach sich die bisherige Vermutung nicht bestätigt, dass deutsche Rechtsextremisten hinter dem Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge in der Nacht zum 3. Oktober 2000 stehen? |
| 9. Abgeordneter
Detlef Parr
(F.D.P.) | Welche Auswirkungen hat nach Auffassung der Bundesregierung der Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der das Selbstbestimmungsrecht, die Entscheidungs- und Willensautonomie des Individuums als zentrales Menschenrecht unterstreicht, auf die Autonomie des Menschen am Lebensende und die in Deutschland geltende Rechtslage? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

10. Abgeordneter
Dr. Norbert Lammert
(CDU/CSU)
- Welche Vereinbarungen zur geltenden Kohlevereinbarung in Deutschland sind mit der EU-Kommission zur Genehmigung der vorgesehenen Haushaltsmittel getroffen worden und welche Zusagen oder Verpflichtungen ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang für die Zeit nach 2005 eingegangen?
11. Abgeordneter
Dr. Norbert Lammert
(CDU/CSU)
- Sind zusätzliche Stilllegungen oder Zusammenlegungen von Steinkohlezechen ohne betriebsbedingte Kündigungen möglich?
12. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Treffen Meldungen (Handelsblatt vom 9. November 2000) zu, dass in Südkorea in Lizenz gebaute Panzer-Antriebsturbinen des deutschen Herstellers MTU in die Türkei geliefert werden sollen?
13. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob es einen Zusammenhang zwischen der Lieferung von deutschen U-Booten nach Südkorea und der Lieferung von in Lizenz in Südkorea gebauten Panzer-Antriebsturbinen in die Türkei gibt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

14. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)
- Welche Einsparungen für den Bundeshaushalt wird die Bundesregierung 2001 durch den teilweisen Rückzug des Bundes aus der Finanzierung des Unterhaltsvorschusses sowie der Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe gegenüber der früheren Rechtslage erzielen und wie wird sich dies als Belastung auf die Landkreise und kreisfreien Städte im Bundesland Hessen 2001 gegenüber der früheren Rechtslage auswirken?*)

*) siehe hierzu auch Frage 27

- | | |
|---|---|
| 15. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU) | Wann beabsichtigt die Bundesregierung die Sozialversicherungspflicht für ehrenamtlich tätige Feuerwehrleute – wie von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 24. Juni 2000 beim 27. Feuerwehrtag in Augsburg angekündigt – abzuschaffen? |
| 16. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU) | Wann ist die Bundesregierung bereit, die Sozialversicherungspflicht für Ehrenamtsinhaber neu zu regeln? |
| 17. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Wie viele Asylbewerber, geduldete Ausländer und Ausländer mit Aufenthaltsbefugnis erhalten nach der von der Bundesregierung geplanten Veränderung der Arbeitsgenehmigungsverordnung nunmehr den Arbeitsmarktzugang, und wie beurteilt die Bundesregierung den Verdrängungseffekt zu Lasten von arbeitswilligen Langzeitarbeitslosen? |
| 18. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung den in der geplanten Verordnung vorgesehenen Verzicht auf die Arbeitsmarktprüfung vor der erneuten Erteilung von Arbeitserlaubnissen zur Fortsetzung von seit mindestens einem Jahr bestehenden erlaubten Beschäftigungen im Hinblick auf die jederzeit mögliche Vollziehung der Ausreiseverpflichtung dieses Personenkreises und die Verfestigung des Verdrängungseffektes, insbesondere in den Grenzgebieten durch Grenzgänger? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|--|---|
| 19. Abgeordneter
Kurt J. Rossmann
(CDU/CSU) | Nach welchem Verteilungsmodus sollen die vom Bundesminister der Verteidigung erwarteten Erlöse aus Effizienzgewinnen sowie Mehreinnahmen aus Vermietung, Veräußerung und sonstigen Dienstleistungen in Höhe von bis zu 1 Mrd. DM im Verteidigungshaushalt 2001 den einzelnen Kapiteln, vor allem im Bereich der Beschaffungskapitel, zufließen? |
|--|---|

20. Abgeordneter
Kurt J. Rossmanith
(CDU/CSU)
- Welche Planungen bestehen für den Fall, dass die erwarteten Mehreinnahmen von 1 Mrd. DM im Jahr 2001 auch teilweise nicht erwirtschaftet werden, und nach welcher Prioritätenliste soll dann von den geplanten Projekten Abstand genommen werden?
21. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe haben die Universitäten der Bundeswehr – im Rahmen der flexiblen Budgetierung – Haushaltsmittel aus dem vergangenen Haushaltsjahr in das laufende Jahr übertragen?
22. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU)
- Haben die Universitäten der Bundeswehr Überschüsse in der Höhe erwirtschaftet, die in der Sitzung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 25. Oktober 2000 genannt wurden, und wie verteilt sich dieser Betrag auf die beiden Universitäten?
23. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Warum liegen dem Bundesministerium der Verteidigung keine Erkenntnisse über die Anzahl der Frauen vor, die im Rahmen der Öffnung aller Laufbahnen und Laufbahngruppen für Frauen in der Bundeswehr eine vorläufige Einplanung erhalten haben, jedoch aufgrund der unklaren rechtlichen Grundlage von einem Dienstantritt am 2. Januar 2001 Abstand genommen haben (vgl. Plenarprotokoll 14/131, S. 12682 B), obwohl diese Zahlen vorliegen bzw. durch eine Abfrage bei den fünf Zentren für Nachwuchsgewinnung sowie bei der Offiziersprüfzentrale leicht zu ermitteln sind?
24. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung im Rahmen der Vorbereitungen für ein neues Personalanpassungsgesetz zur Einsparung von Personalkosten sowie zur Lösung des Beförderungs- und Verwendungsstaus, Soldaten auch gegen ihren Willen in den vorzeitigen Ruhestand zu versetzen, und wie wird mit solchen Soldaten verfahren, die ihren Dienst auf Antrag entgegen dem Willen des Dienstherrn vorzeitig beenden möchten?

25. Abgeordneter
**Günter Friedrich
Nolting**
(F.D.P.)
- Verletzte die von der Wehrbereichsverwaltung III zum 31. Dezember 2000 verfügte Entlassung des im Kosovo schwer verletzten Stabsunteroffiziers J. R. geltendes Recht (z. B. § 55 Soldatengesetz), und worauf stützt sich die rechtliche Begründung der Aufhebung dieser Verfügung durch den Bundesminister der Verteidigung?
26. Abgeordneter
**Günter Friedrich
Nolting**
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, er habe „schon 1999 unter sehr weiter Auslegung der gesetzlichen Möglichkeiten dem Zeitsoldaten J. R. die Zusage gemacht, bei der Bundeswehr bleiben zu können – auf Lebenszeit“ (Bildzeitung vom 9. November 2000) und besteht die Absicht, derartig weite Auslegungen der gesetzlichen Möglichkeiten in Zukunft durch die Herbeiführung einer grundlegenden Änderung der betreffenden Gesetze im Sinne der verwundeten Soldaten überflüssig zu machen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

27. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)
- Welche Einsparungen hatte die Bundesregierung aus dem von ihr geplanten Rückzug aus der Finanzierung des pauschalierten Wohngelds im Rahmen des Haushaltssanierungsgesetzes errechnet, und wie hätte sich dies 2001 auf die Landkreise und kreisfreien Städte Hessens ausgewirkt, wäre diese Absicht der Bundesregierung nicht durch den Bundesrat verhindert worden?*)
28. Abgeordneter
**Norbert
Hauser**
(Bonn)
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass sie in der Antwort auf meine schriftlichen Fragen am 27. Oktober 2000 durch ihren Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Achim Großmann, erklären ließ, dass in Kürze über die Errichtung des UN-Campus in Bonn eine Entscheidung getroffen werde, aber dann am 6. November 2000 die interministeriellen Verhandlungen über dieses Thema abgebrochen wurden, und ist die Bundesregierung der Auffas-

*) siehe hierzu auch Frage 14

sung, dass sich solche Widersprüche nachteilig auf weitere Bewerbungen für internationale Einrichtungen auswirken können?

29. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung weiterhin an der Errichtung des UN-Campus in Bonn fest und ist sie bereit, in den zukünftigen Verhandlungen über den UN-Campus mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesstadt Bonn auf das Junktim zu verzichten, dass die Bundesstadt Bonn Unterhalt und mögliches Defizit für das „Kongresszentrum – Bundeshaus Bonn“ übernehmen soll?

30. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(F.D.P.)

Wann werden die Ergebnisse der zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVWB) und dem Freistaat Bayern vereinbarten vertieften Untersuchungen zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen vorliegen, um den „Flaschenhals“ der Donauverbindung zwischen Deutschland und Jugoslawien zu beseitigen?

31. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(F.D.P.)

Gibt es bereits im BMVWB einen zeitlichen Fahrplan, wann nach Vorlage der Untersuchungen eine Entscheidung über den Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen entschieden wird, und wenn ja, wie sieht der zeitliche Fahrplan aus?

32. Abgeordneter
**Eduard
Lintner**
(CDU/CSU)

Wie und wann hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die Ortsumgehungen von Bundesstraßen, die im Rahmen des „Zukunftsinvestitionsprogramms“ in Bayern gebaut werden sollen, mit der bayerischen Staatsregierung oder bayerischen Fachbehörden abgestimmt?

33. Abgeordneter
**Eduard
Lintner**
(CDU/CSU)

Welche Ortsumgehungen im Regierungsbezirk Unterfranken befinden sich darunter und mit welcher Begründung wurden als vordringlich eingestufte und baureife Ortsumgehungen ggf. abgelehnt?

34. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Fuchtel**
(CDU/CSU)

Wieso war es im Rahmen des zügigen Ausbaus der überregionalen Straßenverbindung der Bundesfernstraße B28 neu von Reutlingen über den Schwarzwald in das Rheintal nicht möglich, weder aus Mit-

teln der aufgelösten globalen Minderausgabe noch aus dem Investitionsprogramm UMTS-Zinserlösen Maßnahmen voranzubringen, wie z. B. die planfestgestellte und baureife Umfahrung von Rottenburg-Ergenzingen und wieso wurde in diesem Zusammenhang über die bereits am 16. Dezember 1999 vom Land Baden-Württemberg dem Bund zugeleitete und besonders bedeutende Entwurfsplanung für den Freudenstädter Tunnel noch nicht entschieden?

35. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)

Wie ist die Haltung der Bundesregierung zu aktuellen Forderungen, die Verwaltung von Bundesfernstraßen mit der DB Netz AG in einer gemeinsamen Behörde zusammenzufassen, da es unter der neuen Bundesregierung noch nicht gelungen ist, die von der alten Bundesregierung beabsichtigte unternehmerische Entzerrung von Netzbetreibern und Schienennutzern faktisch durchzusetzen, und welche Synergien könnte man unter der Voraussetzung, dass die Fahrdienstleistungen weiterhin durch die bestehenden Aktiengesellschaften der Deutschen Bahn AG sowie Drittanbietern (auch aus dem Ausland gemäß EU-Recht) zu erbringen sind, erreichen?

36. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)

Wie würde sich eine Zusammenlegung der Verwaltung der Bundesfernstraßen mit der DB Netz AG zu einer gemeinsamen Behörde auf die Möglichkeiten des Parlaments und der Bundesregierung, das nach Artikel 87e Abs. 4 Grundgesetz geforderte Wohl der Allgemeinheit beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes durchzusetzen, auswirken?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

37. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)

Wird der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten die Entlassung des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Reinhard Klimmt, vorschlagen wegen des von der Staatsanwaltschaft Koblenz beantragten Strafbefehls wegen Beihilfe zur Untreue, weil Bundesminister Reinhard Klimmt nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Koblenz für ein Scheingeschäft als Präsident des Profifußballvereins 1. FC Saarbrücken Verantwortung trägt, das die Caritas-Trägersgesellschaft Trier um rund 615 000 DM schädigte?

38. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)
- Wie bewertet der Bundeskanzler, dass Bundesminister Reinhard Klimmt ihm bislang nicht von sich aus ersucht hat, dem Bundespräsidenten seine Entlassung vorzuschlagen, obwohl die Konsequenz der Ermittlungen der beantragte Strafbefehl ist?
39. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski
(Recklinghausen)**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundeskanzler der Ansicht, der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Reinhard Klimmt, könne bei einem Strafbefehl im Amt bleiben, wie dies z. B. vom Vorsitzenden der Fraktion der SPD vertreten wird, und ist damit zu rechnen, dass Bundesminister Reinhard Klimmt bei einer Anklageerhebung in jedem Fall entlassen würde?
40. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski
(Recklinghausen)**
(CDU/CSU)
- Macht der Bundeskanzler Bundesminister Reinhard Klimmts politisches Schicksal vom politischen Echo auf das Ergebnis der staatsanwaltlichen Ermittlungen bzw. Vernehmung von Bundesminister Reinhard Klimmt abhängig und trifft insofern die Einschätzung zu, dass der Bundeskanzler für den Verbleib in einem herausragenden Amt wie dem eines Bundesministers weniger die Schwere der Vorwürfe strafbarer Handlungen ins Kalkül zieht als vielmehr vor allem die damit verbundene öffentliche Resonanz ausschlaggebend sein lässt?
41. Abgeordneter
**Bernd
Neumann
(Bremen)**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung bei den Verhandlungen über das Budget des Fünfjahres-Programmes „Media-Plus“ der EU dafür eintrat, im Gegensatz zum Europäischen Parlament, der Kommission und den meisten anderen Ländern nur eine Gesamthöhe von 350 Mio. Euro vorzusehen, mit der noch nicht einmal die Inflation ausgeglichen würde, also folglich eine Reduzierung erfolgte?
42. Abgeordneter
**Bernd
Neumann
(Bremen)**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung das Ergebnis vom „Bündnis für den Film“ am 3. November 2000 berücksichtigen, wonach für „Media-Plus“ ein Budget von mindestens 400 Mio. Euro für unverzichtbar gehalten wurde?

